

Satzung
zur Abfallwirtschaft im Kreis Höxter
vom 22. Mai 1991

Aufgrund des § 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV. NW. S. 497/SGV. NW. 2021), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.03.1990 (GV. NW. S. 141), des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz - AbfG -) vom 27.08.1986 (BGBl. I S. 1410, 1501) und des Landesabfallgesetzes vom 21.06.1988 (GV. NW. S. 250/SGV. NW. 2061) beschloß der Kreistag des Kreises Höxter in seiner Sitzung am 16. Mai 1991 folgende Satzung

Präanbel

Der beste Abfall ist der, der gar nicht entsteht, die umweltfreundlichste Abfallbeseitigung ist die, die gar nicht erst notwendig wird. Überlegungen zur Vermeidung von Abfallentstehung und zur Herstellung nur solcher Produkte, die nach Gebrauch möglichst wieder verwertbar sind oder mehrfach benutzt werden können, haben Vorrang vor der Entsorgung von Abfall.

Das bedeutet für die Abfallwirtschaft des Kreises Höxter

- I. Abfall ist möglichst zu vermeiden,
- II. Schadstoffe sind vom Abfall getrennt zu sammeln,
- III. Wertstoffe sind verwertbar dem Wirtschaftskreislauf wieder zuzuführen,
- IV. nicht verwertbare Abfälle sind nach dem Stand der Technik umweltgerecht zu behandeln,
- V. die behandelten Abfälle sind umweltgerecht abzulagern.

Unsere Generation - also jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger - muß die Abfallprobleme lösen, die wir selbst geschaffen haben. Wir dürfen den nächsten Generationen keine Altlasten hinterlassen. Es darf nicht zugelassen werden, daß durch Deponierung unbehandelter Abfälle - wie bisher - über Jahrzehnte die Gefahr besteht, daß Boden und Grundwasser verseucht werden könnten.

§ 1

Grundlage

Grundlage des Abfallwirtschaftskonzeptes ist das Gutachten Gallenkemper/Miethe vom Dezember 1990. Danach fielen 1990 auf den Deponien des Kreises Höxter

- ca. 37.000 t Haus- und Sperrmüll
- ca. 52.000 t hausmüllähnliche Gewerbeabfälle
- ca. 52.000 t Baurestmassen
- ca. 5.000 t Ast- und Strauchwerk, Park- und Gartenabfälle
- ca. 8.000 t Klärschlamm, Straßenkehrsicht und produktionsspezifische Abfälle

an.

§ 2

Ziel

1. Durch den Abfall soll künftig die Umwelt so gering wie möglich belastet werden.
2. Dies soll erreicht werden durch:
 - Abfallvermeidung
 - Schadstoffentfrachtung des Abfalls
 - Stoffliche Verwertung
 - umweltgerechte Behandlung des nicht verwertbaren Restabfalls
 - umweltgerechte Ablagerung der behandelten Restabfälle
3. Mit diesen Maßnahmen soll unter anderem die Abfallmenge drastisch reduziert werden.

§ 3

Abfallvermeidung

1. Der Kreis und die Städte nutzen alle rechtlichen Möglichkeiten, die zur Abfallvermeidung beitragen.
2. Die Entgelteordnung wird unter Einbeziehung der Nachsorgekosten nach dem Verursacherprinzip kostendeckend gestaltet. Die Erhebung einer Grundgebühr ist nicht zulässig. Die Kosten für die Maßnahmen zur weitgehenden Schadstoffentfrachtung und Wiederverwertung des Abfalls werden in die allgemeinen Entsorgungskosten einbezogen.
3. Der Kreis Höxter betreibt für Besitzer von Abfällen Abfallberatung.
4. Die Städte werden aufgefordert die Abfallberatung gegenüber den privaten Haushalten wahrzunehmen.
5. Der Kreis und die Städte unterstützen die Beratertätigkeit durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

§ 4

Schadstoffentfrachtung

Zur Schadstoffentfrachtung von häuslichem Abfall und Gewerbeabfall wird festgelegt:

1. Jeder Haushalt ist von den Städten mit einer Schadstoffbox auszurüsten.

2. Die Städte führen mindestens vierteljährlich im Holsystem kostenlose Schadstoffsammlungen durch. Die Schadstoffe werden direkt nach zugelassenen Entsorgungsanlagen gebracht.
3. Auf den Deponien Wehrden und Warburg werden stationäre Schadstoffannahmestellen eingerichtet.
4. Die getrennte Entsorgung von Kühlgeräten erfolgt durch die Städte oder deren Beauftragte in zugelassenen Entsorgungsanlagen.
5. Die Übergabe von Sonderabfällen an zugelassene Entsorger zur schadlosen Beseitigung erfolgt durch die Betriebe und Unternehmen unmittelbar.

§ 5

Stoffliche Wiederverwertung

a) Altglas

1. Verwertbares Altglas wird auf den Deponien Warburg und Wehrden nicht angenommen.
2. Für die getrennte Sammlung von Weiß-, Grün- und Braunglas wird ein Depotcontainernetz eingerichtet. Je 500 Einwohner, jedoch mindestens je Ortschaft werden entsprechende Container vorgehalten.
3. Verwertbares Altglas ist zugelassenen Anlagen zur Wiederverwertung zuzuführen. Der Kreis zeigt Entsorgungspfade auf.

b) Altpapier

1. Verwertbares Altpapier wird auf den Deponien Warburg und Wehrden nicht angenommen.
2. Die Städte sammeln alle 14 Tage das Altpapier möglichst im Bundsystem kostenlos getrennt ein und führen es der Wiederverwertung zu. Der Kreis zeigt Entsorgungspfade auf.
3. Vereine und caritative Organisationen können in die regelmäßige Sammlung einbezogen werden.
4. Verwertbares Altpapier ist zugelassenen Anlagen zur Wiederverwertung zuzuführen. Der Kreis zeigt Entsorgungspfade auf.

c) Alttextilien

1. Verwertbare Alttextilien werden auf den Deponien Warburg und Wehrden nicht angenommen.
2. Die im Kreis Höxter bewährte Sammlung von Alttextilien durch caritative Organisationen ist auszubauen und durch ein ausreichend dichtes Sammelbehälternetz zu verbessern.

3. Die gesammelten Textilien sind der Wiederverwertung zuzuführen. Der Kreis zeigt Entsorgungspfade auf.

d) Kunststoffe

Sobald für Kunststoffe im Haushaltsabfall sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten bestehen, werden Regelungen zur Getrenntsammlung im Abfallwirtschaftskonzept und in der Abfallsatzung festgelegt.

e) Metalle

Sobald für Metalle im Haushaltsabfall sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten bestehen, werden Regelungen zur Getrenntsammlung im Abfallwirtschaftskonzept und in der Abfallsatzung festgelegt.

f) Boden und Bauschutt

1. Bodenaushub ist vom Grundsatz her wieder zu verwerten. Nur wenn eine Wiederverwertung nicht möglich ist, kann der Boden auf zugelassenen Bodendeponien oder anderweitig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen abgelagert werden.
2. Eine Ablagerung von Bauschutt und Straßenaufbruch auf den Deponien Wehrden und Warburg ist nicht zulässig. Die Stoffe sind aufzubereiten und wieder zu verwerten. Nicht verwertbarer Bauschutt und Straßenaufbruch sowie Reststoffe aus der Aufbereitung sind auf der Boden- und Bauschuttdeponie Borgentreich abzulagern.
3. Auf den Deponien Warburg und Wehrden und auf der Boden- und Bauschuttdeponie Borgentreich richtet der Kreis Höxter Bauschutt- und Straßenaufbruch-Aufbereitungsanlagen ein. Diesen Anlagen sind die aufbereitungsfähigen Stoffe sortiert zuzuführen.
4. Die aufbereiteten Stoffe sind von den Städten und vom Kreis vorrangig - soweit technisch möglich - wieder zu verwenden. In Ausschreibungen von Baumaßnahmen ist dies vorzuschreiben.

g) Kompoststoffe

1. Grünabfälle aus der kommunalen oder sonstigen öffentlichen Grünflächenunterhaltung werden auf den Deponien nicht angenommen.
2. Die Städte behandeln ihre Grünabfälle in eigenen Anlagen und verwerten sie. Desgleichen fördern sie mit geeigneten Maßnahmen die Kompostierung durch die Bürger.
3. Der Kreis oder ein beauftragter Dritter errichtet und betreibt für die kompostierbaren Stoffe, die von den Abfallerzeugern nicht selbst kompostiert werden können, ein Kompostwerk.
4. Nach Inbetriebnahme des Kompostwerkes wird von den Städten die Getrenntsammlung organischer Küchen- und Gartenabfälle aus

privaten Haushalten eingeführt. Vom Anschlußzwang darf nur befreit werden, wer nachweislich seine Bio-Abfälle ordnungsgemäß selbst kompostiert.

h) Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle

1. Der Kreis stellt für alle Betriebe und Gewerbetreibende ein Gewerbeabfallkataster auf und berät sie über Fragen der Vermeidung und Verminderung von Abfällen.
2. Industrie- und Gewerbebetriebe sowie andere Einrichtungen des öffentlichen und privaten Rechts einschließlich der Streitkräfte haben wiederverwertbare Stoffe, wie z.B.

- Altpapier, Pappe, Kartonagen,
- Altglas,
- Metalle,
- chem. unbehandeltes Holz, z.B. Paletten, Kisten, Bretter, Verpackungsmaterial, Bauholz,
- sortenreine Kunststoffe, z.B. Verpackungs- und Einschweißfolien, Säcke, Tüten und Kunststoffbehälter

vom Abfall zu trennen, für eine Wiederverwertung in geeigneten Behältern zu sammeln und der Wiederverwertung zuzuführen.

3. Die unter 2. genannten Betriebe und Einrichtungen haben eine ausreichende Zahl von Sammelbehältern für die getrennte Erfassung der vorgenannten Wertstoffe aufzustellen. Die Wertstoffe sind von den Abfallerzeugern in eigenen Anlagen zu verarbeiten oder Dritten zur Wiederverwertung zu übergeben. Kann im Einzelfall eine stoffliche Verwertung durch den Abfallerzeuger nachweislich nicht erfolgen, benennt der Kreis die Entsorgungsmöglichkeit bzw. übernimmt die Entsorgung.

Die Kosten für das Aufstellen der Sammelbehälter, die Beförderung der Wertstoffe sowie deren Wiederverwertung bzw. Entsorgung trägt der Abfallerzeuger.

4. Der Kreis oder ein von ihm beauftragter Dritter errichtet und betreibt eine Gewerbeabfallsortieranlage.

i) Klärschlamm

1. Der Klärschlamm aus kommunalen Kläranlagen ist von den Städten einer landwirtschaftlichen Verwertung nach Maßgabe der jeweils geltenden Klärschlammverordnung zuzuführen.
2. Die Ablagerung auf den Deponien Warburg und Wehrden in begründeten Ausnahmefällen wird nur noch so lange zugelassen bis der in Vorbereitung befindliche Entsorgungsweg offen ist.

§ 6

Behandlung des nicht verwertbaren Restabfalls

Der Kreis Höxter oder ein beauftragter Dritter wird den nicht

verwertbaren Restabfall durch Verbrennung thermisch behandeln, um ihn zu inertisieren und zu mineralisieren.

Alternative Behandlungsverfahren werden weiterhin geprüft und gegebenenfalls eingeführt.

§ 7

Ablagerung der Restabfälle

1. Der Kreis betreibt die Deponien Warburg und Wehrden sowie die Boden- und Bauschuttdeponie Borgentreich. Die Planfeststellung für eine Erweiterung der Deponie Warburg ist beantragt.
2. Auf den Deponien dürfen nur unvermeidbare und nicht wiederverwertbare Restabfälle abgelagert werden. Die angelieferten Mengen werden nach Gewicht erfaßt und in geeigneter Weise auf Schadstoffbelastung kontrolliert.
3. Das anfallende Sickerwasser wird umweltgerecht in zugelassenen Anlagen entsorgt.
4. Der Standort für eine neue Deponie zur zentralen Entsorgung des im Kreisgebiet anfallenden Abfalls wird unverzüglich nach Abschluß der gutachterlichen Untersuchungen festgelegt. Nach Erstellung der Planunterlagen wird das Planfeststellungsverfahren unverzüglich beantragt.

§ 8

Deponiegasentsorgung

1. Auf der Deponie Wehrden wird die PESAG die Deponiegasverstromung betreiben.
2. Für die Deponie Warburg ist die Deponiegasverwertung vorzubereiten.
3. Die zu errichtenden Anlagen müssen dem Stand der Technik entsprechen.

§ 9

Gesellschaft für Abfallwirtschaft

1. Der Kreis beabsichtigt eine Gesellschaft für Abfallwirtschaft für Planung, Bau und Betrieb der abfallwirtschaftlichen Anlagen zu gründen. Zweck der Gesellschaft ist die Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Höxter.
2. Die Gesellschaft kann Dritte mit der Durchführung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen beauftragen oder Maßnahmen an Dritte vergeben.

§ 10

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung mit den aus dem Abfallwirtschaftskonzept unter dem Punkt IX dargestellten Zeitvorgaben für die jeweiligen abfallwirtschaftlichen Maßnahmen in Kraft:

Lfd Nr.	Maßnahme	Zeitliche Vorgabe
1	Abfallvermeidung	ab 1. Juli 1991 Öffentlichkeitsarbeit Beratung von Gewerbe und Industrie
2	Problemabfälle aus Haushaltungen	ab 1. Oktober 1991 vierteljährliche Sammlung
3.	Stoffliche Verwertung	
3.1	Verdichtung des Depot-containernetzes für Glas	ab 1. Oktober 1991
3.2	Altpapier Erfassung	ab 1. Januar 1992
3.3	Grünabfallkompostierung	ab 1. Januar 1992
3.4	Förderung der Eigenkompostierung	ab 1. Juli 91 Öffentlichkeitsarbeit ab 1. Juli 91 unterstützende Maßnahme
3.5	Bioabfallkompostierung	mit Verabschiedung des Abfallwirtschaftskonzeptes Standortentscheidung gefallen, Planungsbeginn mit Inkrafttreten der Satzung
3.6	Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	ab 1. Januar 1992 Aufstellung des Abfallkatasters
3.7	Verwertung von Baurestmassen	ab 1. Januar 1991 Sortierung ab 1. August 1991 Plangenehmigungsverfahren Wehrden
4	Thermische Abfallbehandlung	Entscheidung über ein Konzept und Prüfung von Alternativen nach Verabschiedung des Abfallwirtschaftskonzeptes

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung zur Abfallwirtschaft im Kreis Höxter vom 22. Mai 1991 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KRO. NW.) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberkreisdirektor hat den Kreistagsbeschluß vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

3470 Höxter, den 22. Mai 1991

Dr. Schneider

(Landrat)